



## Pressemitteilung

Ansbach, 21. September 2018

*Wohnungsnot in Ansbach: Mieten seit 2013 um mehr als 20 Prozent gestiegen - OLA:*

**„CSU und SPD haben der Stadt mit Privatisierungen schwere Hypothek hinterlassen“**

*Forderung: Wohnungsbaugesellschaft muss rasch in die Spur kommen*

In Ansbach sind die Mieten im Jahr 2017 erneut stark gestiegen. Die Teuerung bei Erst- und Wiedervermietungen lag bei 5,2 Prozent, meldet aktuell das Bundesinstitut für Bau- Stadt- und Raumforschung (BBSR). Damit durchbricht die Mietpreissteigerung seit 2013 die 20-Prozent-Marke (*Vorjahresdaten siehe Präsentation der Stadt Ansbach; Folien 7 ff*) Die Statistik zeigt: Nirgendwo in Franken explodierten die Mieten so stark wie in der Rezatstadt.

Dazu erklärt die Stadtratsfraktion der Offenen Linken Ansbach (OLA): „CSU und SPD haben mit der Privatisierung sämtlicher städtischen Wohnungen 2001 eine schwere Hypothek für Ansbach hinterlassen.“ Die steigenden Mieten resultierten nicht zuletzt aus dem Wegfall von Sozialbindungen der verscherbelten Wohnungen.

„Immer mehr Menschen finden in Ansbach keine bezahlbaren Wohnungen mehr. Diese Knappheit treibt etwa junge Familien aus finanziellen Gründen aufs Land. Die Spätfolgen der Privatisierungspolitik bei Wohnraum und Stadtwerken werden immer gravierender. Es ist ein Rätsel, wie manch politisch Verantwortliche ihre krassen Fehlentscheidungen heute immer noch versuchen zu verklären.“

Die OLA-Fraktion weiter: „Die neue Wohnungsbaugesellschaft STADTBAU Ansbach muss jetzt rasch in die Spur kommen. Seit dem OLA-Antrag auf Wiedereinstieg in den Wohnungsbau im März 2016 sind bereits zweieinhalb Jahre vergangen.“ Die Zeit dränge. In der Innenstadt ständen viele Häuser leer. Hier gelte es, zügig mit Ankauf und Sanierung für Wohnraumnutzung zu starten.

*gez. Boris-André Meyer, Fraktionsvorsitzender*